
HAUSAUFGABENHEFT

für die Fraktionen
des Landtags von Baden-Württemberg

JUGEND LANDTAG BW 2025

Antworten der AfD-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg

INHALT

Übersicht der Workshops

Seite 3-4	Klima und Nachhaltigkeit
Seite 5-7	Mobilität
Seite 8-10	Bildung
Seite 11-13	Demokratiebildung
Seite 14-15	Jugendbeteiligung und junges Engagement
Seite 16-18	Gesellschaftlicher Zusammenhalt und innere Sicherheit
Seite 19-20	Arbeit, Wohnen, finanzielle Sicherheit
Seite 21-22	(Mentale) Gesundheit
Seite 23-25	Zukunftschancen

Klima und Nachhaltigkeit

Forderung 1

Wir fordern, dass

jährlich mindestens ein Tag in allen Erziehungs- und Bildungsstätten Aufklärungsarbeit zu Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsthemen verpflichtend durchgeführt werden

muss.

Es ist uns wichtig, weil

es Vorurteile, z.B. gegen den Bau von Windkraftanlagen, präventiert;

es das Bewusstsein für Klimaschutz schon ab einem frühen Alter stärkt; es Falschinformationen entgegenwirkt

ANTWORT:

Eine verpflichtende jährliche „Klimaschutz- und Nachhaltigkeits“-Aufklärungsveranstaltung lehnen wir ab. Schule und Bildungseinrichtungen dürfen nicht zu Orten politischer Kampagnen werden.

Aufklärung muss weltanschaulich neutral, wissenschaftlich sauber und plural sein. Statt Pflichtformaten mit vorgegebenem Zielbild setzen wir auf solide naturwissenschaftliche Bildung, Medienkompetenz und kritisches Denken, damit Schüler Informationen einordnen können, auch kontroverse Debatten.

Gegen Desinformation hilft nicht ein staatlich verordneter Aktionstag, sondern ein Unterricht, der Argumente prüft, Quellen bewertet und keine Energiepolitik als moralische Pflichtübung vermittelt.

Forderung 2

Wir fordern, dass

das Land Baden-Württemberg den Trägern von Erziehungs-, Sport- und Bildungseinrichtungen ab 2026 Förderungen zur Sanierung der Gebäude zur Verfügung stellt.

Es ist uns wichtig, weil

durch die Sanierung z.B. der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen von Kommunen und Trägern selbstständig durchgeführt werden kann.

ANTWORT:

Sanierung und Instandhaltung öffentlicher Gebäude unterstützen wir grundsätzlich, weil sie Substanz erhalten, Sicherheit verbessern und langfristig Kosten senken können. Das muss jedoch zweckmäßig und wirtschaftlich erfolgen, nicht als verkappte Klimapolitik mit Zwangstechnologien.

Förderungen sollten sich auf echte Bauunterhaltung, energetisch sinnvolle Maßnahmen, Brandschutz, Barrierefreiheit und funktionierende Infrastruktur konzentrieren. Photovoltaik kann dort sinnvoll sein, wo Statik, Wirtschaftlichkeit und Netzanbindung passen, aber ohne politische Vorgaben.

Vorrang haben verlässliche Haushaltsführung, Priorisierung nach Zustand und Bedarf sowie weniger bürokratische Förderverfahren, damit Mittel tatsächlich bei Trägern und Kommunen ankommen.

Forderung 3

Wir fordern, dass

in Schulkantinen pflanzliche Alternativen angeboten werden müssen. Dies soll durch vom Land Baden-Württemberg finanzierte, halbjährlich stattfindende Fortbildungen als Kochkurse für entsprechende Fachkräfte ermöglicht werden.

Es ist uns wichtig, weil

eine pflanzliche Ernährung für den Klimaschutz essentiell ist und somit der Gesellschaft nahegebracht werden kann.

ANTWORT:

Eine Pflichtvorgabe für das Kantinenangebot lehnen wir ab.

Ernährung ist Privatsache, und staatliche Stellen sollen weder Essgewohnheiten lenken noch eine bestimmte Ernährungsweise als moralisch überlegen festschreiben. Kantinen sollen Auswahl bieten, also auch vegetarische Optionen, aber ebenso klassische Gerichte, insbesondere mit regionalen Produkten.

Sinnvoll ist aus unserer Sicht, die Qualität zu verbessern, Regionalität zu stärken und Verschwendung zu reduzieren, statt Ernährung politisch zu instrumentalisieren. Fortbildungen können punktuell hilfreich sein, aber nicht als dauerhaftes Landesprogramm, das am Ende mehr Verwaltung als Nutzen erzeugt. Entscheidend ist ein praxistaugliches Angebot, das Schüler akzeptieren und das Träger bezahlen können.

Mobilität

Forderung 1

Wir fordern, dass

der Schulweg mit dem ÖPNV sicher und zuverlässig gewährleistet wird.

Es ist uns wichtig, weil

auch die Mobilität ihren Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten muss.

Antwort:

Für die AfD-Fraktion steht die Sicherheit der Schulkinder an erster Stelle. Ein funktionierender Schulweg ist keine Frage ideologischer Verkehrswende, sondern eine Frage staatlicher Kernaufgaben. Ein sicherer und zuverlässiger Schulweg im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sollte daher eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Der ÖPNV muss dort ausgebaut und verbessert werden, wo er tatsächlich gebraucht wird – insbesondere im ländlichen Raum. Viele Familien sind heute gezwungen, ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen („Elterntaxi“), weil Bus- und Bahnverbindungen unzuverlässig, überfüllt oder schlicht gar nicht vorhanden sind. Hinzu kommt, dass der ÖPNV zunehmend dreckig und nicht sicher ist (hohe Kriminalitätsrate). All das hat die AfD-Fraktion in der Vergangenheit gerügt. Geändert hat sich jedoch nichts – im Gegenteil, die Qualität des ÖPNV nimmt immer weiter ab. ÖPNV-Nutzer erfahren das leider jeden Tag aufs Neue.

Wir setzen uns dafür ein, bestehende Mittel effizienter einzusetzen, anstatt immer neue Prestigeprojekte zu finanzieren. Sicherheit in den Bahnhöfen und Zügen, Verlässlichkeit, Pünktlichkeit sowie eine bessere Abstimmung der Fahrpläne mit Schulzeiten sind konkrete Maßnahmen, die Priorität haben müssen. Gleichzeitig lehnen wir eine einseitige Benachteiligung des Individualverkehrs ab. Gerade im Flächenland Baden-Württemberg bleibt das Auto für viele Familien unverzichtbar. Ziel muss eine pragmatische Mobilitätspolitik sein, die alle Verkehrsträger zugunsten der Kombinierbarkeit von Verkehrsmitteln (Verkehrsmix) sinnvoll berücksichtigt und ideologiefrei verbessert. Das ist nicht nur ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit, sondern zur Daseinsvorsorge überhaupt, die der Staat – wie schon eingangs gesagt – zu gewährleisten hat.

Forderung 2

Wir fordern, dass

das Deutschland-Ticket JugendBW zu seinen Konditionen erhalten bleibt.

Es ist uns wichtig, weil

Jugendliche dadurch Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erlangen;

die Einführung des Tickets die jugendgerechteste Maßnahme der letzten Jahre war.

Antwort:

Die AfD-Fraktion sieht sehr wohl, dass günstige Mobilitätsangebote Jugendlichen mehr Unabhängigkeit, Freiraum und Eigenständigkeit ermöglichen. Allerdings müssen solche Programme solide finanziert und dauerhaft tragfähig sein. Pauschale Subventionen auf Kosten der Steuerzahler sind kein nachhaltiges Modell. Statt immer neue Ticketmodelle aufzulegen, braucht es eine transparente Finanzierung und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Abwägung. Das ist beim Deutschland-Ticket JugendBW nicht anders als bei den sonstigen staatlichen Förderungen.

Wir setzen wir uns dafür ein, junge Menschen gezielt zu entlasten – beispielsweise über steuerliche Entlastungen für Familien oder eine stärkere Unterstützung von Auszubildenden. Mobilität darf nicht zu einem Instrument staatlicher Lenkung werden, sondern muss bezahlbar und effizient organisiert sein. Wenn das Jugendticket fortgeführt wird, dann nur unter der Voraussetzung, dass es solide finanziert, sozial ausgewogen und ohne versteckte Mehrbelastungen für andere Bevölkerungsgruppen ausgestaltet ist. Priorität hat für uns ein leistungsfähiger Verkehr insgesamt – nicht symbolpolitische Einzelmaßnahmen.

Im Übrigen wären durch haushälterische Einsparungen bei den überbordenden Staatsausgaben im Ausländer- und Asylbereich genügend Finanzmittel des Staates für den Verkehrsbereich insgesamt wie auch für dortige Entlastungen vorhanden.

Forderung 3

Wir fordern, dass

Einzeltickets im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) günstiger werden.

Es ist uns wichtig, weil

der Klimaschutz gefördert und die Attraktivität für Gelegenheitsfahrer*innen gesteigert wird.

Antwort:

Dass Gelegenheitsfahrer häufig besonders hohe Preise zahlen, ist für diese Nutzergruppe vielfach abschreckend. Die AfD-Fraktion spricht sich klar dafür aus, dass Einzeltickets im Schienenpersonennahverkehr günstiger werden müssen. Mobilität ist ein Grundbedürfnis und darf kein Luxusgut sein. Wer Bus und Bahn nutzt – sei es für den Weg zur Arbeit, zur Schule oder in der Freizeit – muss sich darauf verlassen können, dass die Preisgestaltung im SPNV fair und nachvollziehbar ist.

Preissenkungen dürfen jedoch nicht einfach über neue Schulden oder immer höhere Subventionen finanziert werden. Stattdessen müssen endlich die Ursachen der hohen Kosten angegangen werden: ineffiziente Strukturen, ein aufgeblähter Verwaltungsapparat (die auch hier überbordende Bürokratie), künstlich verteuerte Betriebskosten infolge einer verfehlten Energiepolitik (wie horrenden Strompreise, stark steigende CO₂-Bepreisung) und mangelnder Wettbewerb im Schienenverkehr. Wir fordern daher eine konsequente Verschlinkung der Verkehrsverbünde, effizientere Vergabeverfahren sowie eine bezahlbare Energieversorgung als Grundlage für niedrigere Betriebskosten. Nur so können Preise dauerhaft gesenkt werden, ohne neue Subventionsspiralen zu eröffnen.

„Klimaschutz“ darf kein Vorwand sein, um Bürger finanziell zusätzlich zu belasten. Mobilität muss wirtschaftlich vernünftig organisiert werden: faire und dauerhaft niedrigere Ticketpreise durch wirtschaftliche Vernunft – nicht durch ideologisch motivierte Umverteilung. Ein leistungsfähiger und bezahlbarer SPNV ist wichtig, aber er muss solide finanziert und effizient organisiert sein.

Bildung

Forderung 1

Wir fordern, dass

Schulen besser digital ausgestattet werden sowie mehr Lehrer*innen Schulungen und Medienbildung erhalten, um den Einsatz digitaler Lernmittel, z.B. KI, im Unterricht gezielt zu fördern.

Es ist uns wichtig, weil

sowohl digitale Kompetenzen als auch Medienbildung für die Ausbildung, Beruf und Alltag nötig sind und Bildungseinrichtungen dafür moderne digitale Ausstattung brauchen.

Antwort:

Die AfD unterstützt ausdrücklich die Forderung nach einer verbesserten digitalen Ausstattung der Schulen. Eine zeitgemäße technische Infrastruktur ist eine grundlegende Voraussetzung für die Vorbereitung der Schüler auf eine zunehmend digitalisierte Arbeits- und Lebenswelt. Dazu gehören leistungsfähige Netzanbindungen, moderne Endgeräte sowie datenschutzkonforme Lernplattformen.

Ebenso befürworten wir eine kontinuierliche und praxisnahe Weiterbildung der Lehrkräfte im Bereich digitaler Medien. Die entsprechenden Inhalte wurden bereits in der Lehrerbildung angepasst und gestärkt. Dennoch halten wir es für erforderlich, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen regelmäßig zu evaluieren und bei Bedarf weitere Optimierungen vorzunehmen. Entscheidend ist, dass Lehrkräfte nicht nur technisch geschult werden, sondern auch didaktisch befähigt sind, digitale Werkzeuge sinnvoll und zielgerichtet einzusetzen.

Den Einsatz digitaler Lernmittel im Unterricht bewerten wir grundsätzlich positiv – allerdings unter der klaren Voraussetzung, dass ihr Einsatz einen nachweisbaren pädagogischen Mehrwert bietet. Digitale Anwendungen dürfen kein Selbstzweck sein, sondern müssen den Unterricht qualitativ verbessern, individuelle Förderung ermöglichen und Lehrkräfte entlasten. Analoge Kompetenzen wie Handschrift, Kopfrechnen oder konzentriertes Lesen dürfen dabei nicht vernachlässigt werden.

Die Gründung des „KI-Zentrums Schule“ im Oktober 2024 begrüßen wir grundsätzlich als wichtigen Schritt zur strukturierten Auseinandersetzung mit dem Thema Künstliche Intelligenz im Bildungsbereich. Ziel muss es sein, Schulen sachlich über Chancen und Risiken aufzuklären, geeignete und datenschutzkonforme KI-Anwendungen zu entwickeln sowie Lehrkräfte entsprechend fortzubilden.

Gleichzeitig sehen wir neben dem erheblichen bildungspolitischen Innovationspotenzial auch ein beachtliches gesellschaftliches und ethisches Konfliktpotenzial. Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit, der Transparenz von Algorithmen, möglicher Abhängigkeiten von Technologiekonzernen sowie der Wahrung pädagogischer Verantwortung müssen klar geregelt sein. KI darf pädagogische Entscheidungen nicht ersetzen, sondern lediglich unterstützen.

Für uns gilt daher: Digitalisierung und KI im Bildungsbereich müssen verantwortungsvoll, schrittweise und stets am Wohl der Schüler orientiert eingeführt werden. Pädagogik muss Vorrang vor Technik haben.

Forderung 2

Wir fordern, dass

Landesmittel bereitgestellt werden, damit basierend auf Freiwilligenarbeit der aufnehmenden Gesellschaft wöchentliche „Integrationskurse“ für Personen, die Asyl beantragen, eingewandert sind oder Bedarf haben, stattfinden. Diese sollen ihnen sowohl bei der sozialen, als auch der sprachlichen und kulturellen Eingliederung in die Gesellschaft helfen können.

Es ist uns wichtig, weil

Sprachkenntnisse als Voraussetzung für Integration gefördert werden sollen und dadurch zusätzliche positive soziale Nebeneffekte entstehen.

Antwort:

Deutschland verfügt über ein breites Instrumentarium zur sprachlichen und gesellschaftlichen Integration. Gleichzeitig handelt es sich bei Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen um Leistungen, die aus Steuergeldern finanziert werden. Staatliche Fördermaßnahmen müssen daher zielgerichtet, effizient und bedarfsorientiert eingesetzt werden. Sie sollten sich vorrangig an Personen richten, bei denen eine realistische und rechtlich gesicherte Integrationsperspektive besteht.

Festzuhalten ist: Weder am Erlernen der deutschen Sprache noch an der Integration in unsere Gesellschaft wird grundsätzlich jemand gehindert. Wer sich integrieren und die Sprache erlernen möchte, kann dies aus eigener Initiative tun und die bestehenden Angebote nutzen. Integration ist jedoch keine Einbahnstraße, sondern setzt Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und den ernsthaften Willen zur gesellschaftlichen Teilhabe voraus.

Unser Ansatz lautet daher: Fördern, wo tatsächlicher Bedarf und Integrationsbereitschaft bestehen – aber auch klare Erwartungen formulieren und Eigenverantwortung einfordern. Nur so kann Integration nachhaltig gelingen.

Forderung 3

Wir fordern, dass

der Standort Baden-Württemberg durch ein erhöhtes Bildungsniveau in allen Bildungssektoren in naher Zukunft nachhaltig gestärkt wird.

Es ist uns wichtig, weil

Bildung begeisternd und attraktiv gestaltet werden muss. Sie eröffnet Chancen, fördert Innovationen, befähigt Menschen zu kritischem, engagiertem und selbstbestimmtem Handeln und bildet somit die Grundlage wirtschaftlicher Stärke unseres Landes.

Antwort:

Die AfD steht für ein differenziertes und leistungsorientiertes Schulsystem, in dem jede Schulart ihren eigenständigen Wert sowie eine klar definierte pädagogische Aufgabe hat. Gymnasium, Real- und Werkrealschule, Gemeinschaftsschule sowie die beruflichen Schulen leisten jeweils einen unverzichtbaren Beitrag zur Bildung und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen.

Ein hohes und weiter steigendes Bildungsniveau in Baden-Württemberg ist nur durch klare Leistungsstandards, fachliche Qualität und verbindliche Anforderungen erreichbar. Bildungsqualität entsteht nicht durch Vereinheitlichung, sondern durch Differenzierung, Anspruch und gezielte Förderung. Unterschiedliche Begabungen und Lernvoraussetzungen erfordern unterschiedliche Bildungswege – mit jeweils klar definierten Zielen und Abschlüssen.

Damit junge Menschen erfolgreich in Ausbildung, Studium und Berufsleben starten können, brauchen sie eine Schule, die ihre individuellen Stärken erkennt, Leistungsbereitschaft fördert und ihnen verlässliche, anspruchsvolle Bildungswege eröffnet.

Deshalb fordern wir:

- Die konsequente Stärkung des gegliederten Schulsystems in Baden-Württemberg.
- Klare, landesweit verbindliche Bildungsstandards mit regelmäßiger Überprüfung des Leistungsniveaus.
- Die Sicherung eigenständiger Profile der Schularten ohne schleichende Angleichung oder Absenkung von Anforderungen.
- Eine stärkere Betonung von Kernfächern wie Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften.
- Verlässliche Übergangsregelungen zwischen den Schularten auf Grundlage von Leistung und Empfehlung.

Unser bildungspolitisches Leitprinzip ist Artikel 11 der Landesverfassung Baden-Württembergs. Dieser verpflichtet das Land, das Schulwesen nach Schularten zu gliedern und junge Menschen zu Leistungsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein und Selbstständigkeit zu erziehen. Ein differenziertes Schulsystem und ein hohes Bildungsniveau sind für uns daher untrennbar miteinander verbunden.

Demokratiebildung

Forderung 1

Wir fordern, dass

ein verpflichtender, interaktiver Demokratietag eingeführt wird. Dieser soll über alle Schulformen hinweg und mindestens ab der 5. Klasse einmal im Jahr stattfinden.

Es ist uns wichtig, weil

Schüler*innen dadurch nähergebracht werden kann, dass Demokratie erlebt und geschützt werden muss, damit sie nicht als selbstverständlich angesehen wird.

Antwort:

Demokratie ist kein abstraktes Konstrukt, sondern gelebte Realität im Alltag. Schüler begegnen demokratischen Prinzipien täglich – sei es im schulischen Miteinander, in Mitbestimmungsgremien oder im gesellschaftlichen Umfeld.

Bereits heute ist Demokratiebildung verbindlich in den Bildungsplänen verankert. Sie wird nicht nur im Fach Gemeinschaftskunde, sondern fächerübergreifend als Leitperspektive behandelt. Damit bestehen ausreichende curriculare Grundlagen, um demokratische Kompetenzen systematisch zu vermitteln.

Aus unserer Sicht besteht daher kein vorrangiger Bedarf, zusätzliche Bausteine oder neue Pflichtformate zu implementieren. Entscheidend ist vielmehr, die bestehenden Vorgaben konsequent, qualitativ hochwertig und praxisnah umzusetzen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein:

- Politische Bildung faktenbasiert, ausgewogen und frei von parteipolitischer Einflussnahme zu gestalten.
- Lehrkräfte durch Fortbildungsangebote in der Vermittlung demokratischer Kompetenzen zu stärken.
- Schülervertretungen und schulische Mitwirkungsstrukturen als praktische Lernorte der Demokratie weiterzuentwickeln.

Unser Ziel ist eine sachliche, pluralistische und wertgebundene Demokratiebildung, die junge Menschen befähigt, Verantwortung zu übernehmen, unterschiedliche Meinungen auszuhalten und sich auf Grundlage fundierten Wissens ein eigenes Urteil zu bilden.

Forderung 2

Wir fordern, dass

der Landtag von Baden-Württemberg finanzielle Mittel zur Etablierung und Aktualisierung einer digitalen „Demokratiebildungsplattform“ bereitstellt. Dort sollen jugendpolitische Veranstaltungen, Organisationen und Gremien auf Landesebene übersichtlich dargestellt werden.

Es ist uns wichtig, weil

Jugendliche so einen Überblick über Angebote und Möglichkeiten zu ehrenamtlichem Engagement auf Landesebene bekommen können; dadurch eine bessere Vernetzung der bestehenden Organisationen und Gremien untereinander ermöglicht werden kann.

Antwort:

Wer sich ehrenamtlich oder politisch engagieren möchte, findet bereits heute zahlreiche niedrigschwellige Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten. Ortsvereine, Verbände, Initiativen sowie kommunale Einrichtungen bemühen sich, auf ihren Webseiten, über soziale Medien und durch öffentliche Veranstaltungen umfassende Informationen bereitzustellen. Auch Städte und Gemeinden informieren über ihre Beteiligungsformate und Engagement Möglichkeiten.

Dies führt zu einem vielfältigen und gut zugänglichen Angebot auf kommunaler Ebene. Schüler haben die Möglichkeit, sich eigenständig und zielgerichtet über bestehende Strukturen zu informieren und direkt mit Ansprechpartnern vor Ort in Kontakt zu treten.

Aus unserer Sicht ist die Einrichtung einer zusätzlichen zentralen Plattform nicht erforderlich. Es besteht die Befürchtung, dass bestehende Angebote dupliziert, zusätzliche Kosten verursacht und neue Verwaltungsstrukturen schafft, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu bieten. Wir möchten gerne darauf hinweisen, dass wir uns dafür einsetzen, die bestehenden Informations- und Beteiligungsangebote auf kommunaler Ebene sichtbarer zu machen. Es ist uns ein Anliegen, Kommunen und Vereine bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit gezielt zu unterstützen, anstatt parallele Strukturen aufzubauen. Wir sind der Meinung, dass die Eigenverantwortung und Initiative der Schüler gefördert werden sollte, anstatt staatliche Informationslenkung auszubauen.

Unser Ziel ist eine lebendige Bürgergesellschaft, die auf Eigeninitiative, örtlicher Vernetzung und dezentralen Strukturen basiert – nicht auf zusätzlichen zentralen Plattformlösungen.

Forderung 3

Wir fordern, dass

ehrenamtliches Engagement attraktiver gestaltet, ein niederschwelliger Zugang ermöglicht und finanziell gestärkt wird.

Es ist uns wichtig, weil

ehrenamtliches Engagement unsere Demokratie stärkt; ehrenamtliches Engagement mit dem Alltag junger Menschen vereinbar sein muss.

Antwort:

Baden-Württemberg verfügt über ein außerordentlich stark ausgeprägtes und aktives Vereinsleben. In Städten und Gemeinden engagieren sich zahlreiche Bürger in Sportvereinen, kulturellen Initiativen, sozialen Einrichtungen, Feuerwehren, Brauchtumsvereinen oder politischen Organisationen. Dieses Engagement ist Ausdruck einer tiefen Verbundenheit mit der Heimat und zugleich gelebte Eigenverantwortung.

Das Ehrenamt ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens. Es stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, fördert Integration und vermittelt Werte wie Verantwortung, Verlässlichkeit und Solidarität. Dieses Engagement lebt von Freiwilligkeit, innerer Überzeugung und der Anerkennung durch die Gemeinschaft.

Wir wollen das Ehrenamt ideell stärken und wertschätzen. Eine pauschale finanzielle Vergütung ehrenamtlicher Tätigkeit lehnen wir jedoch ab. Eine Monetarisierung würde die ursprüngliche Motivation – das freiwillige Engagement aus Überzeugung – grundlegend verändern und könnte langfristig zu einer Verschiebung vom Ehrenamt hin zu einer quasi-beruflichen Tätigkeit führen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die gesellschaftliche Wertschätzung für freiwilliges Engagement sichtbarer wird. Denn unser Ziel ist es, die gewachsene Ehrenamtskultur in Baden-Württemberg zu bewahren und nachhaltig zu fördern – als Ausdruck von Heimatverbundenheit, Eigenverantwortung und lebendiger Bürgergesellschaft.

Jugendbeteiligung und Junges Engagement

Forderung 1

Wir fordern, dass

Jugendbeteiligung in jedem Ministerium per Gesetz verankert wird und dadurch regelmäßiger Austausch mit den Abgeordneten stattfindet.

Es ist uns wichtig, weil

Erwachsene auf die Beratung und Perspektive von Jugendlichen angewiesen sind;

Jugendliche Interessen bei allen Themen miteinbezogen werden müssen; Jugendbeteiligung in der öffentlichen Wahrnehmung stärker stattfinden muss.

Antwort:

Junge Menschen haben bereits heute vielfältige Möglichkeiten, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen und ihre Interessen einzubringen. Sie können sich in Jugendorganisationen, Parteien, Vereinen, Initiativen, Schüler- und Studierendenvertretungen sowie in kommunalen Beteiligungsformaten engagieren. Auch digitale Beteiligungsangebote eröffnen zusätzliche Wege zur Mitwirkung.

Politische Teilhabe lebt von Eigeninitiative, Überzeugung und persönlichem Engagement – nicht von staatlicher Vorgabe. Die bestehenden Beteiligungsrechte und -formate bieten ausreichende Möglichkeiten, politische Anliegen zu artikulieren und sich in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Eine darüberhinausgehende gesetzliche Verankerung zusätzlicher Beteiligungsstrukturen halten wir daher nicht für zielführend. Neue gesetzliche Verpflichtungen schaffen häufig zusätzliche Bürokratie, ohne die tatsächliche Beteiligungsbereitschaft zu erhöhen. Entscheidend ist nicht die Anzahl gesetzlicher Regelungen, sondern die tatsächliche Nutzung und Akzeptanz vorhandener Angebote.

Forderung 2

Wir fordern, dass

Landesmittel für repräsentative Jugendbeteiligungsformate auf Kreis- und Gemeindeebene bereitgestellt werden.

Es ist uns wichtig, weil

die Möglichkeiten für eine repräsentative Beteiligung der Jugendlichen erweitert werden müssen;

jede Kommune und deren Jugendliche ein Beteiligungsformat brauchen; dringend neue Jugendbeteiligungsformate finanziert werden müssen und bereits bestehende Formate unterstützt werden müssen.

Antwort:

Echte politische Teilhabe lebt von Eigeninitiative, persönlicher Überzeugung und freiwilligem Engagement. Wer sich politisch einbringt, tut dies aus Interesse an der Sache, aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Gemeinwesen und aus dem Wunsch, gesellschaftliche Entwicklungen aktiv mitzugestalten.

Diese Form der Mitwirkung darf nicht durch finanzielle Anreize verzerrt werden. Eine staatliche Förderung individueller politischer Betätigung birgt die Gefahr von Abhängigkeiten, Wettbewerbsverzerrungen und einer Verschiebung der Motivation weg vom inhaltlichen Engagement hin zu finanziellen Erwägungen. Aus unserer Sicht ist es nicht Aufgabe des Landes, persönliche politische Aktivität finanziell zu honorieren. Politisches Engagement ist Ausdruck der freien Bürgergesellschaft und soll aus innerer Überzeugung erfolgen.

Forderung 3

Wir fordern, dass

jedes Thema, mit dem sich Jugendliche beschäftigen, als jugendrelevant per Gesetz im Paragraphen 41a der Gemeindeordnung festgeschrieben wird.

Es ist uns wichtig, weil

juristisches Hin und Her vermieden werden soll; Jugend selbstbestimmt handeln sollte; jedes Thema jugendrelevant ist. Wir sind die Zukunft!

Antwort:

Junge Menschen haben bereits heute vielfältige Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren und ihre Perspektiven einzubringen. Politische Beteiligung lebt von Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und persönlichem Engagement. Sie entfaltet ihre Wirkung durch aktive Teilnahme, nicht durch staatliche Vorgaben. Entscheidend ist vielmehr, die vorhandenen Möglichkeiten bekannt zu machen, politische Bildung zu stärken und junge Menschen zu ermutigen, ihre Rechte aktiv wahrzunehmen.

Eine lebendige Demokratie braucht engagierte Bürger – keine gesetzlich verordneten Beteiligungsstrukturen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Innere Sicherheit

Forderung 1

Wir fordern, dass

eine externe Kontrollinstanz für die Polizei geschaffen wird, um das Vertrauen in der Bevölkerung in sie zu stärken.

Es ist uns wichtig, weil

das wahrgenommene Sicherheitsgefühl der Bevölkerung so verbessert werden kann; die Transparenz gegenüber der Bevölkerung gestärkt wird, die bei der Arbeit der Bürgerbeauftragten aktuell nicht ausreichend gegeben ist; das vergleichbare Verfahren des „Independent Office for Police Conduct“ (IOPC) in Großbritannien großen Erfolg zeigt.

Antwort:

Die Polizei in Deutschland genießt in der Bevölkerung seit vielen Jahren ein hohes Maß an Vertrauen. Umfragen zeigen regelmäßig Zustimmungswerte zwischen 77 % und 87 %.

Damit zählt sie zu den Institutionen mit dem größten Rückhalt in der Gesellschaft. Bürger nehmen die Polizei überwiegend als bürgernah, professionell, verlässlich und hilfsbereit wahr. Dieses Vertrauen ist ein hohes Gut und Ausdruck der täglichen engagierten Arbeit unserer Polizeibeamten.

Trotz vereinzelter Kritik an strukturellen oder organisatorischen Problemen bleibt das Grundvertrauen in die Polizei stabil (vgl. Statista). Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen und wachsender Herausforderungen für die innere Sicherheit zeigt sich, wie wichtig eine leistungsfähige und glaubwürdige Polizei für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist.

Wir setzen uns daher konsequent dafür ein, dass unsere Polizei personell, materiell und technisch bestmöglich ausgestattet ist. Dazu gehören ausreichend Personal, moderne Ausrüstung, zeitgemäße digitale Infrastruktur sowie eine hochwertige Aus- und Fortbildung. Nur so kann die Polizei ihren anspruchsvollen und oft gefährlichen Dienst effektiv und sicher erfüllen.

Forderung 2

Wir fordern, dass

es mehr Schutz für Betroffene bei sexualisierter und patriarchaler Gewalt gibt.

Es ist uns wichtig, weil

verpflichtende Bildungs- und Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche Übergriffe verhindern und Betroffene stärken können; eine ausreichende Versorgung mit Frauenhausplätzen als regionale Pflichtaufgabe Betroffenen anonymen Schutz bietet; die Möglichkeit zur Betroffenen aussage vor Gericht in einem vor dem Tatverdächtigen geschützten Raum in allen Fällen sexualisierter Gewalt gewährleistet werden muss.

Antwort:

Wir begrüßen die bestehenden Bildungs- und Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ausdrücklich. Prävention ist ein zentraler Baustein, um Gewalt frühzeitig zu erkennen, Risiken zu minimieren und junge Menschen zu stärken. Allerdings halten wir es für notwendig, diese Angebote transparenter zu gestalten und ihre Sichtbarkeit deutlich zu erhöhen. Nur wenn Programme, Beratungsstellen und Unterstützungsangebote bekannt sind, können sie ihre volle Wirkung entfalten.

Eine ausreichende Versorgung mit Frauenhausplätzen ist aus unserer Sicht essenziell. Betroffene von häuslicher oder sexualisierter Gewalt benötigen schnell, unbürokratisch und vor allem anonym Zugang zu Schutzräumen. Die Finanzierung und bedarfsgerechte Ausgestaltung entsprechender Einrichtungen müssen daher sichergestellt sein.

Ob und in welcher Form sich eine Region oder Kommune organisatorisch mit dem Thema befasst, sollte im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort entschieden werden. Die konkreten Strukturen müssen sich an regionalen Gegebenheiten und Bedarfen orientieren.

Darüber hinaus unterstützen wir ausdrücklich die Möglichkeit für Betroffene, in Verfahren wegen sexualisierter Gewalt in einem vor dem Tatverdächtigen geschützten Raum auszusagen. Der Opferschutz muss im Strafverfahren höchste Priorität haben. Einschüchterung oder zusätzliche Traumatisierung durch direkte Konfrontation mit dem Beschuldigten gilt es konsequent zu vermeiden. Entsprechende Schutzmaßnahmen sollten flächendeckend und in allen einschlägigen Fällen gewährleistet sein.

Forderung 3

Wir fordern, dass

der Kulturpass fortgeführt und in allen Landkreisen Baden-Württembergs einheitlich angeboten wird.

Es ist uns wichtig, weil

es kulturelle Teilhabe für alle ermöglicht; Kultur Menschen verbindet und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt; es die kulturelle Bildung stärkt und Kreativität fördert.

Antwort:

Wir begrüßen die bestehenden Bildungs- und Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ausdrücklich. Prävention ist ein zentraler Baustein, um Gewalt frühzeitig zu erkennen, Risiken zu minimieren und junge Menschen zu stärken. Allerdings halten wir es für notwendig, diese Angebote transparenter zu gestalten und ihre Sichtbarkeit deutlich zu erhöhen. Nur wenn Programme, Beratungsstellen und Unterstützungsangebote bekannt sind, können sie ihre volle Wirkung entfalten.

Eine ausreichende Versorgung mit Frauenhausplätzen ist aus unserer Sicht essenziell. Betroffene von häuslicher oder sexualisierter Gewalt benötigen schnell, unbürokratisch und vor allem anonym Zugang zu Schutzräumen. Die Finanzierung und bedarfsgerechte Ausgestaltung entsprechender Einrichtungen müssen daher sichergestellt sein.

Ob und in welcher Form sich eine Region oder Kommune organisatorisch mit dem Thema befasst, sollte im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort entschieden werden. Die konkreten Strukturen müssen sich an regionalen Gegebenheiten und Bedarfen orientieren.

Darüber hinaus unterstützen wir ausdrücklich die Möglichkeit für Betroffene, in Verfahren wegen sexualisierter Gewalt in einem vor dem Tatverdächtigen geschützten Raum auszusagen. Der Opferschutz muss im Strafverfahren höchste Priorität haben. Einschüchterung oder zusätzliche Traumatisierung durch direkte Konfrontation mit dem Beschuldigten gilt es konsequent zu vermeiden. Entsprechende Schutzmaßnahmen sollten flächendeckend und in allen einschlägigen Fällen gewährleistet sein.

Forderung 1

Wir fordern, dass

es einen Sozialpass für Berufe gibt, die gemessen an der Relevanz für die Gesellschaft unangemessen vergütet werden. Angelehnt werden soll dieser an die Ehrenamtskarte, die Juleica bzw. den Heidelberg-Pass.

Es ist uns wichtig, weil

diese Berufe zu wenig Beachtung und Bezahlung bekommen. Dabei handelt es sich um systemrelevante Berufe, die für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft unabdingbar sind.

Antwort:

Zahlreiche Berufe wie z.B. Tätigkeiten in der Pflege haben für unsere Gesellschaft eine herausragende Bedeutung und stellen gleichzeitig an die Berufstätigen sehr hohe Anforderungen. Dies muss auch in einer angemessenen Bezahlung zum Ausdruck kommen.

Sozialpass-Varianten, die zum Beispiel Sondertarife für einzelne Dienstleistungen des Staates beinhalten, stellen aufgrund der damit verbundenen Ermäßigungen aber vorrangig Sozialleistungen dar. Die betreffenden Berufe benötigen aber zu allererst eine finanzielle Aufwertung, die in einer angemessenen Vergütung zum Ausdruck kommen muss. Deshalb ist ein staatliches Handeln über ein Anheben des Mindestlohns hier vorzuziehen.

Forderung 2

Wir fordern, dass

Azubis eine gleichwertige finanzielle, politische und gesellschaftliche Unterstützung erhalten wie Studierende.

Es ist uns wichtig, weil

Ausbildungsberufe für die Gesellschaft genauso wichtig sind wie akademische Berufe und deshalb die gleiche Unterstützung verdienen

Antwort:

Die duale Ausbildung muss gegenüber akademischen Studiengängen weiter aufgewertet werden, wobei eine vollständige Gleichstellung anzustreben ist. Dies ist auch zur Bekämpfung des Fachkräftemangels dringend erforderlich.

Im Rahmen dieser Entwicklung sollte die Förderung der dualen Ausbildung weiter ausgebaut werden. Die AfD befürwortet hier die Anhebung der Meisterprämie nach dem Modell des Freistaats Bayern und zugleich die Ausweitung dieser Prämie auf weitere Berufe (analog zum Meister). Darüber hinaus sollte die ergebnisoffene Berufsorientierung an Gymnasien durch eine gezielte Kooperation von Schulen und Betrieben weiter verstärkt werden.

Forderung 3

Wir fordern, dass

Baden-Württemberg ein landesweites Programm für sozialen und gemeinnützigen Wohnbau nach Orientierung an den Maßnahmen der Stadt Wien entwirft.

Es ist uns wichtig, weil

diese Maßnahmen bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen sollen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Familienform.

Antwort:

Gerade in Großstädten hat sich die Wohnsituation dramatisch verschärft und es besteht ein immer größer werdender Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Der Staat hat hier zuallererst die Aufgabe, durch die Gestaltung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen den Wohnungsbau zu unterstützen. Auch zahlreiche private Vermieter würden gerne in neue Wohnungen investieren, werden aber durch staatliche Vorgaben z. B. im Rahmen der Gebäudesanierung daran gehindert. Hier gilt es zuallererst, Bürokratie abzubauen und finanzielle Anreize zu schaffen.

Auch der Erwerb von Immobilieneigentum sollte durch finanzielle Maßnahmen des Gesetzgebers wie z. B. eine Senkung der Grunderwerbsteuer gefördert werden.

(Mentale) Gesundheit

Forderung 1

Wir fordern, dass

mehr Angebote und Anlaufstellen für mentale Gesundheit geschaffen werden. Konkret bedeutet das mehr Präventionsangebote und kostenlose, nahbare Therapieplätze.

Es ist uns wichtig, weil

es die Lebensqualität nachhaltig fördern kann, die Sichtbarkeit stärken kann und langfristige Schäden, gesellschaftliche als auch wirtschaftliche, vermieden werden können.

Antwort:

Die psychische Gesundheit insbesondere unserer jugendlichen unserer Bürger ist besonders seit den Belastungen durch die unverhältnismäßige Coronapolitik auf Bundes- wie auch Landesebene ein ernstzunehmendes Thema, das zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Wir sehen, dass insbesondere junge Menschen immer stärker unter psychischen Belastungen leiden. Deshalb unterstützen wir grundsätzlich den Ausbau von niedrigschwelligen Beratungs- und Präventionsangeboten.

Mehr wohnortnahe Anlaufstellen und transparente Strukturen können dazu beitragen, Wartezeiten zu verkürzen und Betroffene frühzeitig zu erreichen. Dabei ist jedoch sicherzustellen, dass bestehende Mittel effizient eingesetzt werden und keine ideologisch motivierten Projekte finanziert werden, sondern konkrete Hilfe im Mittelpunkt steht.

Forderung 2

Wir fordern, dass

im Schulalltag psychische Gesundheit stärker in den Mittelpunkt gestellt wird. Das beinhaltet die Verankerung im Bildungsplan und im Lehramtsstudium.

Es ist uns wichtig, weil

Schule ein wichtiger Lebensmittelpunkt von Jugendlichen ist. Jede*r fünfte Schüler*in zeigt selbstverletzendes Verhalten.

Antwort:

Auch im schulischen Kontext erkennen wir den Handlungsbedarf an. Schule ist ein zentraler Lebensraum für Kinder und Jugendliche. Prävention und Aufklärung über psychische Gesundheit sollten altersgerecht erfolgen. Gleichzeitig muss der Bildungsauftrag gewahrt bleiben. Eine Verankerung entsprechender Inhalte im Lehrplan ist sorgfältig zu prüfen, ohne Schulen mit zusätzlichen bürokratischen Vorgaben zu überlasten.

Forderung 3

Wir fordern, dass

eine unabhängige und freie Berufswahl trotz abgeschlossener psychotherapeutischer Behandlung möglich ist.

Es ist uns wichtig, weil

Betroffene Hilfe in Anspruch nehmen sollen, ohne Karrieresorgen haben zu müssen; die Gesellschaft sensibilisiert wird und veraltete Stigmen abgeschafft werden können

Antwort:

Hinsichtlich der beruflichen Zukunft von Menschen, die eine psychotherapeutische Behandlung in Anspruch genommen haben, sprechen wir uns gegen pauschale Benachteiligungen aus. Niemand darf aufgrund einer überwundenen psychischen Erkrankung automatisch vom Berufsleben ausgeschlossen werden. Entscheidend muss die individuelle Eignung sein. Gleichzeitig sind sicherheitsrelevante Anforderungen in bestimmten Berufen sachlich und differenziert zu betrachten.

Unser Ziel ist es, einerseits Hilfe zu ermöglichen und Stigmatisierung abzubauen, andererseits aber verantwortungsvoll mit Ressourcen umzugehen und die Eigenverantwortung des Einzelnen zu stärken. Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein – sie muss jedoch mit Augenmaß, Vernunft und realistischen Konzepten angegangen werden.

Zukunftschancen

Forderung 1

Wir fordern, dass

Praktika in Realschulen und Gymnasien verstärkt durchgeführt werden müssen; die schriftliche Prüfung in der Wahlpflicht in der Realschule abgeschafft wird; Wirtschaft als Grundkurs in der Oberstufe festgelegt und praxisnäher ausgerichtet wird.

Es ist uns wichtig, weil

das Schulsystem praxisnäher und zukunftsorientierter gestaltet werden muss, um Schüler*innen besser auf Ausbildung, Studium und Beruf vorzubereiten.

Antwort:

Wir unterstützen die bestehenden Möglichkeiten, die Schüler derzeit haben, um sich über verschiedene Berufe zu informieren und praktische Einblicke in die Arbeitswelt zu gewinnen. Dazu zählen insbesondere Praktika, die sowohl im schulischen Rahmen als auch auf Eigeninitiative im privaten Umfeld absolviert werden können. Diese Angebote stellen eine wertvolle Orientierungshilfe für die spätere Berufs- und Studienwahl dar. Das vorhandene Angebot muss daher konsequenter genutzt werden. Gleichzeitig ist es wichtig, die Eigenverantwortung und Initiative der Schüler stärker zu fördern.

Prüfungen sind wichtige Etappen im Leben und auf dem Bildungsweg eines jeden Menschen. Sie dienen nicht nur der Leistungsüberprüfung, sondern auch der Selbstreflexion und Standortbestimmung. Wenn wir das hohe Bildungsniveau in unserem Land nicht nur erhalten, sondern weiter steigern wollen, sind anspruchsvolle schriftliche Prüfungen unerlässlich. Sie gewährleisten Vergleichbarkeit, Transparenz und Objektivität in der Leistungsbewertung. Gleichzeitig sind sie Ausdruck einer leistungsorientierten Gesellschaft, in der Anstrengung, Fleiß und Kompetenz anerkannt und gefördert werden.

Die Einführung eines zusätzlichen Unterrichtsfaches würde zwangsläufig bedeuten, dass in anderen Fächern Unterrichtszeit gekürzt oder einzelne Fächer vollständig gestrichen werden müssten. Angesichts ohnehin dichter Stundentafeln ist dies kritisch zu bewerten. Da wirtschaftliche Themen bereits heute im Rahmen bestehender Fächer – etwa Gemeinschaftskunde, Geografie oder Mathematik – fächerübergreifend behandelt werden können und sollten, sehen wir derzeit keinen zwingenden Anlass für die Einführung eines weiteren eigenständigen Faches. Stattdessen sollte der Fokus darauf liegen, bestehende Inhalte qualitativ zu stärken und praxisnah zu gestalten.

Forderung 2

Wir fordern, dass

die Chancengleichheit aller Jugendlichen ausgebaut wird, durch: einen BW-Kulturpass (120€ pro Person pro Jahr) kostenlose BW-Schülertickets für finanziell schwächer ausgestattete Familien Vermittlung von kostenlosen Mittagessen für finanziell schwächer ausgestattete Familien über Schulen

Es ist uns wichtig, weil

alle Jugendlichen in Baden-Württemberg ein Recht und die Möglichkeit auf eine gute kulturelle Bildung, Teilhabe und Engagement haben sollen, um langfristig eine gebildete, soziale und leistungsstarke Gesellschaft zu erhalten

Antwort:

Die kulturelle Jugendbildung besitzt für uns einen hohen Stellenwert. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, stärkt Kreativität, soziale Kompetenzen und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb soll sie entsprechend ihrer Bedeutung fortgeführt und nachhaltig gestärkt werden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass kulturelle Jugendbildung in unterschiedlichen Ressorts angesiedelt ist und jeweils eigene inhaltliche Schwerpunkte verfolgt. Diese Vielfalt kann eine Stärke sein, erfordert jedoch klare Zuständigkeiten und eine gute Abstimmung. Doppelstrukturen und ineffiziente Parallelangebote sind zu vermeiden. Unser Ziel ist es daher, die landesweiten Strukturen der kulturellen Bildung verlässlich weiterzuentwickeln und langfristig zu sichern – mit transparenten Rahmenbedingungen und klar geregelten Verantwortlichkeiten.

Die in den vergangenen Jahren gestiegenen Kosten sowie zusätzliche Bedarfe haben wir dabei im Blick. Förderentscheidungen müssen jedoch stets im Rahmen der haushälterischen Möglichkeiten und auf Grundlage einer verantwortungsvollen Prioritätensetzung getroffen werden. Eine solide Finanzpolitik bleibt die Voraussetzung für nachhaltige Unterstützung.

Wichtig ist uns zudem, dass kulturelle Teilhabe nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Familien mit geringem Einkommen oder im Bezug von Sozialleistungen haben bereits heute die Möglichkeit, beim zuständigen Sozialamt eine Kostenübernahme für die Teilnahme an Sport-, Freizeit- und Kulturangeboten zu beantragen. In der Regel wird ein pauschaler monatlicher Zuschuss in Höhe von 15 Euro gewährt. Dieser kann für Aktivitäten im Bereich Sport und Kultur (z. B. Vereinsmitgliedschaften), für Unterricht in künstlerischen Fächern (z. B. Musikunterricht) sowie für vergleichbare angeleitete Angebote der kulturellen Bildung oder die Teilnahme an Freizeiten eingesetzt werden.

Damit bestehen bereits gezielte Instrumente, um kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Diese gilt es effektiv zu nutzen, transparent zu kommunizieren und bei Bedarf weiterzuentwickeln, um allen jungen Menschen den Zugang zu kultureller Bildung zu eröffnen.

Forderung 3

Wir fordern, dass

Bürokratie in Baden-Württemberg konsequent abgebaut und die Verwaltung vollständig digitalisiert wird.

Es ist uns wichtig, weil

ineffiziente Verwaltungsprozesse hohe Personal- und Sachkosten verursachen und somit die kommunalen Haushalte und den Landeshaushalt belasten; Baden-Württemberg Innovationsstandort bleiben muss und sich Unternehmen in Branchen der Zukunft hier ansiedeln sollen.

Antwort:

Unser Ziel ist klar: Die Bürokratie in Baden-Württemberg muss konsequent abgebaut und die Verwaltung umfassend sowie flächendeckend digitalisiert werden. Verwaltungsverfahren müssen schneller, transparenter und bürgerfreundlicher gestaltet werden. Doppelstrukturen, unnötige Genehmigungsschritte und überbordende Dokumentationspflichten sind systematisch zu überprüfen und zu reduzieren. Die AfD stimmt den Forderungen voll und ganz zu und wird die Initiative der anderen Fraktionen unterstützen. Eine vergleichbare Initiative unsererseits wurde in der Vergangenheit leider abgelehnt. Umso wichtiger ist es, nun gemeinsam konkrete Schritte einzuleiten.

Dies ist uns aus mehreren Gründen ein zentrales Anliegen: Ineffiziente Verwaltungsprozesse verursachen hohe Personal- und Sachkosten und belasten damit sowohl die kommunalen Haushalte als auch den Landeshaushalt erheblich. Jeder unnötige Verfahrensschritt bindet Ressourcen, die an anderer Stelle – etwa in Bildung, Sicherheit oder Infrastruktur – sinnvoller eingesetzt werden könnten. Darüber hinaus steht die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf dem Spiel. Baden-Württemberg muss Innovationsstandort bleiben. Damit sich Unternehmen – insbesondere aus Zukunftsbranchen wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Mobilität oder Energie – hier ansiedeln und investieren, brauchen sie verlässliche, schnelle und unbürokratische Rahmenbedingungen. Lange Genehmigungsverfahren und komplexe Vorschriften schrecken Investoren ab und gefährden Arbeitsplätze.